

Abschiebung von Geflüchteten stoppen - Bürger*innen-Asyl jetzt!

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat das bayerische Anti-Flüchtlingsgesetz, genannt „Integrationsgesetz“, in Teilen für verfassungswidrig erklärt, weil die Grundrechte der Geflüchteten verletzt würden. So verstoße etwa die vorgesehene Pflicht, an Kursen zur Vermittlung der sogenannten „deutschen Leitkultur“ teilzunehmen, gegen Artikel 13 des Grundgesetzes auf Meinungsfreiheit. Dies ist ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass die Geflüchteten nicht länger wie Menschen 2. Klasse behandelt werden. Aber leider wird das Asylrecht immer weiter ausgehöhlt. Immer stärker wird die Bedrohung für Geflüchtete, die die Abschiebung in Länder fürchten müssen, in denen, wie in Afghanistan, Krieg und Terror herrschen. Die große Koalition hat im „Gesetz zur besseren Durchführung der Ausreisepflicht“, von „Pro Asyl“ „Hau-ab-Gesetz“ genannt, die Abschiebep Praxis weiter verschärft. Vorgesehen ist darin u.a., dass Geflüchtete mit ungeklärter Identität mit Geldbußen und Kürzung der Unterhaltszahlungen rechnen müssen, weil sie kein Papiere vorlegen können. Zur Abschreckung können Asylsuchende in den Erstaufnahmeeinrichtungen statt wie bisher 6 Monate nun bis zu 18 Monaten festgehalten werden. Abgelehnte Asylbewerber*innen können ohne richterliche Entscheidung festgenommen werden, um sie abzuschicken, was der Anwalt Peter Fahlbusch als „Anschlag auf unseren Rechtsstaat.“ bezeichnete.

Angst schüren vor „sogenannter Clan-Kriminalität“, um Abschiebungen zu erleichtern!

Seit einigen Monaten wird mit der Kampagne von Medien und Politikern über die sogenannte Clan-Kriminalität der Boden für weitere Angriffe gegen Migranten bereitet. Besonders in Berlin und NRW veranstaltet die Polizei regelmäßig Razzien in Vierteln, die mehrheitlich von „Menschen mit Migrationshintergrund“ bewohnt werden, die man damit unter Generalverdacht stellt. Es geht dabei offensichtlich nicht allein darum, Kriminelle dingfest zu machen, sondern kriminelles Verhalten an die ethnische Herkunft, sprich „die Ausländer“ zu knüpfen. Kriminalität wird von rechten Politikern und „Experten“ ethnisch begründet, andere Ursachen wie etwa soziale Benachteiligung, werden nicht untersucht. So behauptet die Kriminologin Dorothee Dienstbühl: **„Das Phänomen hängt mit der Herkunft zusammen.“**



NRW Innenminister Reul behauptet, durch Abschiebungen die Kriminalität eindämmen zu können, und ignoriert, dass 36% der sogenannten Clan-Kriminellen einen deutschen Pass haben und gar nicht abgeschoben werden können. In seinem Abschlussbericht über „Clans und Kriminalität“ fordert er als „generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen in erster Linie **aufenthaltsbeendende Maßnahmen**“. Im Klartext: „Ausländer raus, Abschieben! – dann gibt es weniger Kriminalität!“ Das ist eine rassistische Politik, die nicht nach den Ursachen für kriminelles Handeln fragt, sondern kriminelles Handeln mit der ethnischen Zugehörigkeit von Menschen begründet.

Schutz vor Abschiebung durch „Bürger*innen-Asyl

Die Kampagne gegen sogenannte kriminelle Clans und Ausländer*innen hat nicht nur das Ziel, Kriminalität zu senken, sondern auch Angst zu schüren gegen „Ausländer“ und Abschiebungen leichter durchzusetzen.

Gegen diese inhumane Politik setzen wir auf die Zivilcourage der Menschen. In immer mehr Städten bilden sich Gruppen, die notfalls den von der Abschiebung bedrohten Mitbürger*innen Schutz und Raum bieten wollen. Auch in Aachen gibt es eine solche Gruppe. Weitere Informationen hier:

<https://aktionbuergerinnenasyl.de/#initiativen> Kontakt: b_asyl_ac@riseup.net

**Kundgebung „Bürger*innen-Asyl jetzt! Samstag, 7.12.2019 11:30 - 13:30
Aachen Fußgängerzone Adalbertstr. - Ecke Harscampstraße**